

Wetter: bis 3°
Meist heiter



Lesespaß
Unsere Favoriten
im Jahr 2007

BÜCHER SEITE 30



Kinderschutz
Was sollen die
Gipfel bringen?

BERICHT U. KOMMENTAR SEITE 2

Elterngeld
Wichtige Tipps zu
den Papamonaten

WIRTSCHAFT SEITE 25



Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Montag, 17. Dezember 2007 · 63. Jahrgang · Nr. 292

1,00 Euro

USA stellen Beschlüsse von Bali in Frage

WASHINGTON/BERLIN. Nur wenige Stunden nach dem Abschluss der UN-Klimakonferenz von Bali hat sich die US-Regierung von dem erzielten Kompromiss distanziert. Washington sei „ernsthaft besorgt“ über die Beschlüsse zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen, erklärte das Weiße Haus. Die US-Regierung forderte größere Anstrengungen der Schwellenländer. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) dagegen wertete das Ergebnis als „großen Erfolg“. In einem dramatischen Verhandlungsmarathon hatten sich die knapp 190 Länder am Samstag auf einen Fahrplan für ein neues UN-Klimaschutzabkommen geeinigt. Auf konkrete Emissionsziele verweist die „Bali Roadmap“ aber nur indirekt. (afp) ► **BERICHTE SEITE 2**

Deutsche Handball-Frauen holen Bronze

AACHEN. Deutschlands Handball-Frauen haben bei der WM mit 36:35 gegen Rumänien Bronze gewonnen. Russlands Handballerinnen sind zum dritten Mal nach 2001 und 2005 Weltmeister. Der Titelverteidiger gewann gestern in Paris das Endspiel gegen Europa-meister Norwegen mit 29:24. ► Bayern München ist nach dem 0:0 in Berlin Herbstmeister der Fußball-Bundesliga – allerdings nur dank des besseren Torverhältnisses. Werder Bremen zog mit dem 5:2 gegen Leverkusen nach Punkten gleich. In Liga zwei kam Spitzenreiter Borussia Mönchengladbach nicht über ein 1:1 gegen Paderborn hinaus. Heute Abend könnte der 1. FC Köln mit einem Sieg über Kaiserslautern Platz drei erobern. (an) ► **SPORT**

Finanz-Plan für Vogelsang steht

Bund, Land und EU zahlen 27 Millionen Euro für ehemalige Nazi-Ordensburg

DÜSSELDORF. Der Streit über die Umgestaltung der einstigen Nazi-Ordensburg Vogelsang im Nationalpark Eifel soll Anfang 2008 mit einem Rahmenvertrag zwischen Bund, Land und Region beigelegt werden. Ein Sprecher des NRW-Wirtschaftsministeriums bestätigte dies am Wochenende. Das Landeskabinett werde morgen ein Konzept samt Finanzierungsplan

beschließen. Bund, Land und EU werden 27 Millionen an Fördergeldern für das Denkmal beisteuern. Der Bund werde davon knapp zehn Millionen Euro zahlen und als Eigentümer die Immobilie unentgeltlich zur Verfügung stellen. In einer ersten Entwicklungsstufe sollen in dem Gebäudekomplex, der während der nationalsozialistischen Diktatur als Kader-

schmiede für den Führungsnachwuchs der Partei diente, bis 2012 unter anderem ein Nationalparkzentrum, ein Dokumentationszentrum zur Nazi- und Nachkriegsgeschichte sowie eine Jugendherberge entstehen. Seit der Übernahme durch den Bund im Jahr 2005 hatten Politiker über den Umgang mit dem Bauwerk gestritten. (ddp/dpa)

LOKALTEIL

- Friedenslicht ist am Hauptbahnhof angekommen
- Bitte nur haltbare Lebensmittel in die Weihnachtstisten
- Knapp 5000 stramme Waden unterwegs zum Chorusberg

KURZ NOTIERT

SPD will Rechte von Praktikanten stärken

BERLIN. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Rechte von Praktikanten in Unternehmen stärken und prüft dafür gesetzliche Regelungen. Nach einem „Spiegel“-Bericht wird erwogen, dass Praktikanten künftig eine kleine Entlohnung und einen Vertrag erhalten müssen und ihre Beschäftigung befristet wird. Ziel ist es, den Missbrauch von Praktikanten als Ersatz für festangestellte Arbeitskräfte einzudämmen. Die SPD reagiert damit auf zwei Petitionen an den Bundestag. Gut 100 000 Unterzeichner hatten darin gesetzliche Regelungen gegen die Ausbeutung angemahnt. (dpa)

DER, DIE, DAS

Vorzeige-Kommunistin schlemmt Hummer

Die Vorzeige-Kommunistin Sahra Wagenknecht ist in Straßburg bei einem Hummer-Essen fotografiert worden – und hat die Bilder später gelöscht. Die linke Europaabgeordnete Felekna Uca knipste das luxuriöse Mahl, an dem auch Linke-Chef Lothar Bisky teilnahm. Am nächsten Tag habe sich eine Mitarbeiterin Wagenknechts die Kamera unter einem Vorwand ausgeliehen. Wagenknecht selbst habe die Bilder getilgt – sie hätten ihr nicht gefallen.



RWTH sorgt für Turbo-Rechner

Kooperation mit zwei amerikanischen Top-Unis in New York unterzeichnet. Wissenschaftler forschen an nächster Generation von Computerchips.

VON UNSEREM REDAKTEUR
AXEL BORRENKOTT

NEW YORK/AACHEN. Die RWTH Aachen wird mit zwei der bedeutendsten Universitäten der USA im Bereich der Nanotechnologie zusammenarbeiten. Rektor Burkhard Rauhut unterzeichnete in New York mit dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Columbia University von New York eine Kooperationsvereinbarung zur Erforschung der nächsten Generation von Computerchips. Sie sollen „schneller, leistungsfähiger und energiesparender sein als die heutigen Chips“, erläuterte Professor Heinrich Kurz. Der Leiter des RWTH-Instituts für Halbleitertechnik hatte das Abkommen vorbereitet, das am Ende eines deutsch-amerikanischen Nano-Workshops in New York zustandekam. Kurz: „Die Wiederbelebung der transatlantischen Zusammenarbeit zwischen Top-Universitäten der amerikanischen Ostküste und Westeuropa wird ein entscheidender Faktor sein für

nachhaltige Vorrangstellung in der Nanotechnologie.“ Den größten finanziellen Beitrag auf deutscher Seite leistet das Land NRW mit 1,2 Millionen Euro innerhalb der nächsten drei Jahre; die RWTH steuert 300 000 Euro bei. Ab 2008 soll es einen Austausch von Doktoranden zwischen der RWTH und den beiden US-Universitäten geben, kündigte Rauhut an.

Rauhut, Kurz und der Rektor der Ruhruniversität Bochum, Elmar Weiler, gehörten zu einer Delegation von NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart, die vorige Woche in Washington und New York für die wissenschaftliche Exzellenz des Landes und namentlich der Hochschulen von Aachen und Bochum warb. Ziel war auch, deutsche Nachwuchswissenschaftler zur Rückkehr aus den USA nach Deutschland zu bewegen. Die auf Nanoforschung ausgerichtete zweite Runde des NRW-Rückkehrerprogramms soll vier junge Forschergruppen für fünf Jahre mit je 1,25 Millionen Euro finanzieren.

Gestern Abend am Tivoli: Seeberger, der neue Trainer



Gesprochen hat Jürgen Seeberger gestern nur sehr wenig. Er hat auf heute vertröstet, dann wird der 42-Jährige offiziell als Alemannias neuer Trainer vorgestellt. Seeberger will sich in den nächsten anderthalb

Jahren einen Namen in Deutschland machen. In der Schweiz hat er enorm erfolgreich gearbeitet, jetzt hat er seine erste Arbeitsstelle in seinem Heimatland gefunden. An Aufgaben beim Tabellenelften man-

gelt es wahrlich nicht – schon gestern nahm Seeberger die Arbeit auf. Unser Foto zeigt ihn gestern Abend beim Verlassen der Geschäftsstelle mit Manager Jörg Schmadtke. Foto: Ralf Roeger ► **SPORT**

Studenten zahlen fürs Warten

500 Euro, weil letzte Prüfung ins neue Semester fällt. Klage gegen Uni Köln.

VON UNSEREM MITARBEITER
PETER MOTZ

AACHEN/KÖLN. „Uni Köln ganz weit vorne.“ So hätte die Schlagzeile lauten können. Denn kulanter erlässt derzeit kaum eine Hochschule Studierende ins Akademikerleben. Wer in den Hörsälen zu Ende studiert hat und die Uni nur noch für letzte Prüfungen betritt, erhält gezahlte Studienbeiträge für das letzte Semester rückerstattet. Da dies bis zum Ende des Sommersemesters aber noch ganz anders war, gibt es Ärger.

Wie viele Studierende sich darüber beschwerten, dass sie im Sommersemester fürs Warten auf Abschlussprüfungen 500 Euro an die Kölner Uni zahlen mussten, sei nicht bekannt, erklärt Prorektor Professor Holger Burckhart im Gespräch mit unserer Zeitung. Die von der Uni versandten Widerspruchsbescide weisen auf die gerichtliche Klagemöglichkeit

hin. Vor dieser schrecken viele Studierende zurück.

Denn die Gesetzeslage rund ums Thema Studienbeiträge ist selbst für Fachleute unübersichtlich. So hatte etwa ein Sprecher des Kölner Oberlandesgerichts (OLG) im Mai erklärt, dass Jura-Studenten während ihrer Prüfungen vor dem Justizprüfungsamt nicht an einer Uni eingeschrieben sein müssten. Dort war es wegen einer anstehenden Änderung der Prüfungsordnung zu langen Wartezeiten für Studierende gekommen, die noch nach der alten Ordnung geprüft werden wollten.

Widersprüchlich

Ein angehender Jurist hatte sich geweigert, fürs Warten zu zahlen. Die Folge war seine zwischenzeitliche Exmatrikulation, weil die Uni Köln dem OLG mit Verweis auf Paragraph 63 des Hochschulfreiheitsgesetzes widersprach. Den Durchblick für Studierende

erschweren zudem komplizierte Uni-Satzungen, wie die Recherche unserer Zeitung ergab. Selbst Hochschulverwaltungen schauen lieber zweimal in ihre Regelwerke, wenn sie nach Beitragsbefreiungen für Studierende im Abschlusssemester gefragt werden. Die alte Satzung der Uni Köln soll jetzt das Verwaltungsgericht unter die Lupe nehmen. Eine ehemalige Jura-Studentin reicht in dieser Woche Klage ein.

„Studierende sollen sich im Hörsaal, nicht im Gerichtssaal treffen“, heißt es in einer Broschüre des nordrhein-westfälischen Innovationsministeriums zum Thema Studienbeiträge. Was diesem Wunsch im Wege steht, lesen Sie auf unserer Journal-Seite.

Auf dieser werden wir uns auch in der kommenden Woche mit dem Thema Studienbeiträge beschäftigen. Dann geht es um Themen wie Beitragsaufkommen, Mittelverwendung und Transparenz. ► **JOURNAL SEITE 27**

Mehr Jugendgewalt

Studie: Brutalität in Großstädten nimmt zu

BERLIN. Die Jugendgewalt in deutschen Großstädten hat dramatisch zugenommen. Das geht aus dem Bericht einer Arbeitsgruppe von Bund und Ländern hervor, wie die „Welt am Sonntag“ berichtet. „Die am deutlichsten steigende Deliktform ist die gemeinschaftlich begangene Körperverletzung“, heißt es in dem Bericht für die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern.

In einigen Ländern habe sich die Zahl der Rohheitsdelikte wie Körperverletzung, Raub und schwere Nötigung binnen eines Jahrzehnts fast verdoppelt. So sei in Niedersachsen die Zahl der Körperverletzungen durch Jugendliche von 5194 auf 10 280 gestiegen. Dabei nehme die Brutalität zu.

Auch Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg oder das Saarland registrierten dem Bericht zufolge

einen starken Anstieg bei Körperverletzungsdelikten. Hamburgs Innensenator Udo Nagel sprach von einem „deutlichen Warnzeichen für die Gesellschaft“. Offensichtlich hätten junge Menschen eine immer niedrigere Hemmschwelle zur Ausübung von Ge-

„Früher gab es eine natürliche Hemmschwelle: Wenn jemand bei der Schulhofprügelei am Boden lag, wurde nicht mehr nachgetreten. Das ist heute anders.“

NIEDERSACHSENS INNENMINISTER
UWE SCHÜNEMANN (CDU)

walt. Feste Jugendbanden oder Gangs wie in Berlin oder Bremen seien aber eher die Ausnahme. Die Täter seien überwiegend um die 20 Jahre alt. „Diese Aussage lässt sich als Trend, vor allem für den Bereich der einfachen Körperverletzung, für alle Bundesländer ausmachen“, heißt es. (afp)

LOTTOZAHLEN

3 13 18 26 37 49 7 6

(Ohne Gewähr) Zusatz- und Superzahl

FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Zeitungszustellung:
Telefon: 0180/100 1400*
Fax: 02 41/5101-790
Verlag (Zentrale):
Telefon: 02 41/5101-0
Redaktion:
Telefon: 02 41/5101-3 10
Fax: 02 41/5101-440
AN im Internet:
www.an-online.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 0180/100 1200*
Fax: 02 41/5101-790

*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.

